

Resolution der CDU zum Fall Ortenberg:**„Eine Sonderbehandlung ist in keiner Weise begründet“****„Sie verhindert die Entstehung eines notwendigen einheitlichen und abgerundeten Verwaltungsraumes“**

Der Vorstand des CDU-Stadtverbandes Offenburg und die Vorsitzenden der CDU-Ortsverbände der Offenburger Stadtteile sowie die Offenburger CDU-Gemeinderatsfraktion haben in ihrer gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, 14. 3. 1973, einstimmig folgende Resolution gefaßt:

„Die von der Landesregierung überraschend und ohne ausreichende Begründung vorgenommene Änderung der ursprünglichen Zielplanung im Raume Offenburg wird tief bedauert und muß abgelehnt werden, denn sie ist sachlich nicht gerechtfertigt und politisch nicht vertretbar.

Die Notwendigkeit der Gemeindereform ist allgemein unbestritten. Die Lösung des Stadtumlandproblems im Raume Offenburg ist seit Jahren von der Landesregierung als besonders vordringlich anerkannt worden. Die Stadt Offenburg hat sich im Sinne der Landesregierung schon sehr früh intensiv um die Lösung dieser Frage bemüht. Dabei war es das Hauptanliegen, trotz Vereinheitlichung der Verwaltung, eine möglichst große Eigenständigkeit der einzugliedernden Gemeinden zu wahren. Nur so wurde eine reale Möglichkeit für Lösungen auf der Grundlage der Freiwilligkeit gesehen. Wesentliches Ergebnis dieser Bemühungen war die Ortschaftsverfassung, an deren Durchsetzung und gesetzlichen Verankerung die Stadt Offenburg maßgeblich mitgearbeitet hat. Auf der Grundlage dieser Ortschaftsverfassung wurde

von der Stadt mit ihren Umlandgemeinden das Modell Offenburg geschaffen. Dieses Modell, welches die Ziele der Landesregierung zu verwirklichen suchte und damit die Politik der Freiwilligkeit der Zusammenschlüsse erst ermöglichte, überzeugte allgemein und öffnete das Tor für zahlreiche freiwillige Eingliederungen. In Übereinstimmung mit der Zielplanung schlossen sich sodann nach zustimmenden Bürgeranhörungen folgende neun Gemeinden der Stadt Offenburg an: Zum 1. Januar 1971 die Gemeinden Fessenbach und Zell-Weierbach; zum 1. Dezember 1971 die Gemeinden Bühl, Elgersweier, Griesheim, Rammersweier, Waltersweier, Weier; zum 1. Januar 1973 die Gemeinde Zunsweier.

Seither hat sich in der Praxis dieses Modell Offenburg bestens bewährt. Im Sinne der Gemeindereform war es schon in kurzer Zeit möglich, Maßnahmen zur Verwirklichung der Chancengleichheit durchzuführen oder einzuleiten, die sonst erst zu erheblich späteren Zeitpunkten möglich gewesen wären. So wurde dieses Modell für viele Gemeinden im gesamten Lande vorbildlich und wirkte bahnbrechend für freiwillige Eingliederungen.

Bei all diesen Bemühungen hielt sich die Stadt Offenburg konsequent an die Zielplanung der Landesregierung und lehnte es mehrmals ab, mit Gemeinden, die in der Zielplanung nicht mit dem örtlichen Verwaltungsraum Of-

fenburg zugeordnet waren, in die angebotenen näheren Verhandlungen einzutreten.

Die Stadt Offenburg und die neun Gemeinden die sich inzwischen freiwillig mit ihr verbunden haben, durften daher darauf vertrauen, daß die Landesregierung in Bezug auf die drei zur Vollendung des Modells Offenburg noch fehlenden Gemeinden an ihrer Zielplanung festhalten werde. Sie konnten erwarten, daß „die Notwendigkeit, die begonnene Lösung zu vervollständigen“, nicht von der Landesregierung durch Änderung der Zielplanung selbst verneint werden. Dies aber geschieht durch die Sonderbehandlung der Gemeinde Ortenberg, die in keiner Weise begründet ist. Sie verhindert die Entstehung eines notwendigen einheitlichen, abgerundeten Verwaltungsraumes, sie verletzt den Gleichheitsgrundsatz, sie brüskiert alle, die den freiwilligen Eingliederungen zugestimmt haben, und gefährdet das bisherige gute Einverständnis und die harmonische Zusammenarbeit der Stadt Offenburg mit ihren Umlandgemeinden.

Den Bürgern der Stadt Offenburg und der eingegliederten Gemeinden fehlt weitgehend das Verständnis für diese politisch falsche sachlich unbegründete Sonderbehandlung einer einzelnen Gemeinde.

Die versammelten Gremien der Offenburger CDU fordern daher die Wiederherstellung der ursprünglichen Zielplanung.“

gez.: Vetter

gez.: Fallner